

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ferienausschuss	22.04.2020	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Digitalisierung und Elektrifizierung von Parkraum

Sachverhalt (kurz):

Im Zusammenhang mit den Förderprogrammen des Bundes zur Reduzierung der Emissionen durch den Kfz-Verkehr in den von Stickoxidgrenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen hat die N-ERGIE das Projekt „Digitalisierung und Elektrifizierung von Parkräumen“ initiiert und eine Förderzusage aus dem Sofortprogramm Saubere Luft in Höhe von rd. 3,8 Millionen Euro erhalten. Davon sollen Stellplätze mit Parkraumsensorik ausgestattet, intelligente Wandladestationen für E-Autos errichtet sowie Daten zur Parkplatzverfügbarkeit und zur Steuerung von Parktarifen bereitgestellt werden. Ziel ist es, den notwendigen Kfz-Verkehr in und nach Nürnberg nachhaltiger und emissionsärmer zu gestalten.

Von der N-ERGIE wurden neben drei Standorten in Fürth im Nürnberger Stadtgebiet private Parkflächen am Flughafen und in der Sandreuthstraße sowie die öffentlichen Park&Ride-Anlagen Langwasser Süd, Herrnhütte und Am Wegfeld ausgewählt. Langwasser Süd und Herrnhütte sollen je mit 40 E-Ladepunkten ausgestattet werden, Am Wegfeld mit 32 E-Ladepunkten. Alle Stellplätze erhalten Parksensoren. So soll die Auslastung identifiziert und anhand dieser sowie aktueller Luftschadstoffwerte und Verkehrsbelastungen die Höhe des Parktarifs angepasst werden. Ziel ist außerdem, die Intermodalität von Wegeketten durch die Verknüpfung der Parkflächen mit umweltfreundlichen und/ oder innovativen Verkehrsmitteln, insbesondere ÖPNV, Fahrrad- und E-Scooter-Verleihsystemen oder (E)-Carsharing herzustellen bzw. zu verbessern.

Die intensive Ausstattung der Park&Ride-Anlagen mit Ladeinfrastruktur fördert den Ausbau der Elektromobilität. Es gelten die Bedingungen des Rahmenvertrags zum Ausbau von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge zwischen Stadt Nürnberg und N-ERGIE.

Aus städtischer Perspektive wird das Projekt grundsätzlich unterstützt, da die Ziele den nicht-notwendigen Kfz-Verkehr möglichst auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad, Fuß) zu verlagern und gleichzeitig Anreize geschaffen werden den notwendigen Kfz-Verkehr möglichst emissionsfrei abzuwickeln, unterstützt wird. Allerdings muss im Zuge der Umsetzung die Flexibilität gewährleistet bleiben, gegebenenfalls Installationen rückzubauen oder nicht in Anspruch zu nehmen. Durch die Errichtung von 20 bzw. 16 Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten entfallen dementsprechend Stellplätze für konventionell betriebene Fahrzeuge, die bislang von Park&Ride-Kunden sehr gut angenommen werden. Somit besteht das Risiko, langjährige Park&Ride-Nutzende dazu zu bewegen, die jeweiligen Wege vollständig mit dem privaten Pkw zurückzulegen, statt für eine Teilstrecke auf den ÖPNV umzusteigen. Die Vernetzung der erhobenen Parkgebühren mit aktuell gemessenen Verkehrs- und Luftschadstoffdaten darf bei niedrigen Belastungen keinen zusätzlichen Anreiz für die Nutzung des eigenen Pkws liefern. Sollte sich daher abzeichnen, dass das Projekt nicht zu umwelt- und stadtverträglicherem Verkehr beiträgt oder anderweitige Konflikte entstehen, muss sich die Stadt vorbehalten, gegenzusteuern.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
-
-
-

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Projekt "Digitalisierung und Elektrifizierung" zu begleiten mit dem Ziel, Verbesserungen für die Park&Ride-Situation in Nürnberg zu erreichen.

Es sollen die Bedingungen des Rahmenvertrags zum Aufbau von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge zwischen Stadt Nürnberg und N-ERGIE gelten.